

Neues Bündnis für den Ausstieg

Netzwerk bündelt Kräfte gegen Flughafen Mülheim

Angeregt durch die politische Einigkeit in Essen, will das Netzwerk gegen Fluglärm nun auch in Mülheim einen Prozess einleiten, als dessen Ziel Sprecher Waldemar Nowak nichts weniger ausgibt als: „den Ausstieg aus dem Flugplatz Mülheim.“ Genau darauf hatten sich bei der ersten parteiübergreifenden Stadtteilkonferenz zum Thema in Haarzopf Vertreter der Schutzgemeinschaft Fluglärm, vom Bürgerverein sowie von CDU, FDP, Grünen, SPD und Bürgerinitiativen geeinigt. Sie beschlossen Ende Juni ein Aktionspapier. Ihre Forderungen: „Kurzfristig die massive Belastung der betroffenen Anwohner zu reduzieren und so schnell wie möglich eine Schließung des Flugplatzes zu erreichen.“ Das Papier soll den Ratsparteien und deren Spitzenkandidaten übergeben werden.

In Essen führt das vermutlich zu keinen Problemen, so einhellig ist die Ablehnung des Flugbetriebs. In Mülheim, wo SPD und FDP mitsamt Stadtverwaltung und Teilen der

Wirtschaft sogar den Ausbau fordern, eher doch. Gleichwohl will Nowak eine ähnliche Konferenz noch vor der Wahl Ende August herbeiführen. Am 21. August soll die Versammlung dort stattfinden, wo die Menschen am stärksten vom Fluglärm betroffen sind: in Mintard. Die Politik, sagt Nowak, müsse noch vor der Wahl Farbe bekennen. „Die Bürger wollen wissen, was die Politik tut, um die Lärmbelastung zu reduzieren“, so Nowak.

Besonders beklagt wird dabei die gegenwärtige Belastung durch tief fliegende Düsenjets, Schulflüge und Hubschrauberbetrieb, insbesondere am Wochenende, und die finanzielle Belastung der Allgemeinheit durch das notorische Defizit des Flughafens von rund 600 000 Euro.

Interessant am Rande: Ausfluss des gebündelten Widerstands in Essen war auch eine Liste von Kontaktpersonen, die Fragen und Forderungen kanalisieren soll. Auf Essener Seite ist auch ein Frei- und ein Sozialdemokrat dabei. **schö**